Der Friedens- und Konfliktforscher Dr. Wolfgang Sternstein hat an der Sommeraktion 1982 in Großengstingen teilgenommen und ausführlich seine Erfahrungen beschrieben sowie eine Analyse der Aktion vorgenommen. Er hat uns das Kapitel „Großengstingen“ aus seiner Autobiografie „Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“ zur Verfügung gestellt, wofür wir ihm herzlich danken. Für unsere Internetveröffentlichung untergliedern wir den Text in zwei Teile:
- Großengstingen I: Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung der Blockade (siehe als PDF-Datei unter „Die Blockadeaktion“)
- Großengstingen II: Analyse der Aktion

Großengstingen II: Analyse der Aktion

Von Wolfgang Sternstein

Bisher habe ich mich vorwiegend mit dem Ablauf und den dabei aufgetretenen Konflikten beschäftigt. Im Folgenden soll dagegen ihre kritische Einschätzung und Auswertung im Vordergrund stehen.

Die Großengstinger Blockadeaktion vom August 1982 war ein Meilenstein in der Geschichte der Friedensbewegung, vergleichbar den Massenkundgebungen in Bonn am 10. Oktober 1981 und am 10. Juni 1982, der „Prominentenblockade“ in Mutlangen oder der Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm. Meines Wissens hat es weder vorher noch nachher eine Aktion des zivilen Ungehorsams mit so hoher Teilnehmerzahl gegeben.

Zunächst ist nach den Zielen der Aktion zu fragen und zu prüfen, ob und wenn ja, wie weit sie erreicht wurden.

1.1. Die Aktion war als Ankündigung eines massenhaften gewaltlosen Widerstands gegen die „Nachrüstung“ gedacht.

1.2. Sie sollte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf lenken, dass die Atomwaffen mitten unter uns sind, eine Tatsache, die wir nur allzu leicht vergessen oder verdrängen.

1.3. Sie wollte durch zivilen Ungehorsam das reibungslose Funktionieren des Militärapparates behindern.

1.4. Sie wollte der Friedensbewegung Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, die über die falsche Alternative „friedliche“ Massendemonstration oder „militante“ Aktionen kleiner Gruppen hinausführen.

1.5. Schließlich wollte sie eine Schule für gewaltlose Konfliktaustragung und basisdemokratische Willensbildung und Entscheidung sein.

Die ersten beiden Ziele wurden ohne Einschränkung erreicht. Das dritte Ziel in bescheidenem Umfang. Die Bundeswehr sah sich gezwungen, den Fahrzeugverkehr zwischen Kaserne und Sonderlager auf ein Minimum von anfangs drei, später nur noch zwei Transporten täglich zu reduzieren. Eine effektive Blockade war das sicherlich nicht. Es war aber doch mehr als eine bloß symbolische Aktion. Das muss vor allem denen gesagt werden, die das Ganze als ein „Spielchen" zwischen Polizei und Blockierern betrachteten, bei dem keiner dem anderen wehtun wollte. Die Polizei hatte von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die 380 Blockiererinnen und Blockierer, die sie festgenommen hatte, wegen Nötigung anzeigen werde. Die Blockade hatte demzufolge ein juristisches Nachspiel in Gestalt von Strafbefehlen über jeweils zwanzig Tagessätze. Gegen diesen Strafbefehl konnte Widerspruch eingelegt werden, worauf es zur Verhandlung vor dem Amtsgericht Münsingen kam, das die Strafbefehle indes ausnahmslos bestätigte. Dieser zweite Teil der Aktion scheint mir nicht weniger wichtig, als die Aktion selbst.

Das vierte Ziel der Aktion, der Friedensbewegung erfolgversprechende Handlungsalternativen aufzuzeigen, die über das bloße Protestieren und Demonstrieren hinausgehen, wurde ebenfalls erreicht. Die Großengstinger Blockade kann mit größeren Zahlen, an mehreren Standorten, mit weitergehenderen Aktionsformen wiederholt werden. Sie sollte jedoch eingebettet werden in den Gesamtrahmen einer gewaltlosen Kampagne zur Verhinderung eines Atomkriegs durch kritisches Wahlverhalten, Kriegssteuerverweigerung, Kriegsdienstverweigerung und Boykott der Rüstungsindustrie.

Das fünfte Ziel der Aktion wurde nur sehr begrenzt erreicht. Gleichwohl kann die Aktion auch als eine Einübung in Sozialer Verteidigung verstanden werden. Die beste Vorbereitung auf die Austragung zwischenstaatlicher Konflikte mit den Methoden der gewaltlosen Aktion ist ihre Anwendung zur Lösung innerstaatlicher Konflikte. Darüberhinaus gab es Workshops zur Sozialen Verteidigung und der Verteidigung der Zeltplätze gegen mögliche Angriffe rechtsradikaler Schlägertrupps.

Die Wirkung auf die Medienöffentlichkeit

Das unerwartet starke Echo in den Medien war keineswegs selbstverständlich. Es beruhte vielmehr in Wesentlichen auf sorgfältiger Vorbereitung und guter Organisation.

Eine Bezugsgruppe der Gewaltfreien Stuttgarter Gruppe (GSG 1) hatte die Pressearbeit übernommen und schon Wochen vorher erste Kontakte zu den Medien hergestellt. Ein Pressezelt wurde eingerichtet, eine Pressemappe erstellt und eine Pressekonferenz vor der Eberhard-Finckh-Kaserne veranstaltet. Berichte über die Aktion erschienen im der Südwestpresse, namentlich im Tübinger Lokalteil (sehr positiv), in der Stuttgarter Zeitung (kühl-distanziert), den Stuttgarter Nachrichten, der Frankfurter Rundschau, der tageszeitung (taz), dem Spiegel (positiv), dem Rheinischen Merkur (negativ) sowie in Rundfunk (SDR, Point) und Fernsehen (ARD und ZDF) Am Samstagabend sendete das baden-württembergische Landesprogramm eine Live-Diskussion mit einem Vertreter der Blockierer und einem Jugendoffizier der Eberhard-Finckh-Kaserne. Der Spiegel-Journalist Wilhelm Bittorf drehte im Auftrag des Südwestfunks einen sehr positiven dreiviertelstündigen Film, der in der Reihe „Menschen und Straßen" gesendet wurde.

Die Großengstinger Blockade war meines Wissens die bis dahin größte und längste Blockadeaktion in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie stellte insofern ein Novum mit hohem Nachrichtenwert dar. Die Aktion hat gezeigt: Es müssen nicht unbedingt Verletzte oder Tote herumliegen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Manchmal tut es auch eine gut geplante gewaltlose Aktion.

Die Wirkung auf die Bevölkerung vor Ort

Trotz der intensiven Vorarbeit war die Wirkung der Aktion auf die regionale Bevölkerung bescheiden. Dabei darf man jedoch nicht von der Ausgangssituation absehen. Kurzfristige Veränderungen sind da nicht zu erwarten. Doch hat die Aktion sicherlich dazu beigetragen, dass die Menschen in der Umgebung des Atomwaffenlagers ihre Gefährdung im Fall eines Atomkrieges deutlicher wahrnahmen. Viele wussten bis dahin überhaupt nichts von den Atomraketen in ihrer unmittelbaren Nähe. Wo sich persönliche Kontakte ergaben: in der Kneipe, im Laden, bei konkreten Anliegen, kam es zuweilen zu fruchtbaren Gesprächen. Auch wäre es ohne ein Mindestmaß an Unterstützung in der Bevölkerung nicht möglich gewesen, fünf Zeltplätze in der Nähe des Atomwaffenlagers zu erhalten.

Die Wirkung auf die Polizei

Das Verhältnis zu den Bereitschaftspolizisten war nach anfänglicher Nervosität auf beiden Seiten entspannt, fast respektvoll. Mehrmals erschienen Polizisten im Infozelt zu Gesprächen, wohl auch, um die Lage zu sondieren. Nach der Festnahme der Blockadeschicht, zu der meine Bezugsgruppe gehörte, kam es im Bus zu Gesprächen mit den Beamten. Ich beteiligte mich nicht daran, denn ich wurde im diesen Minuten von Gefühlen überwältigt. Doch ist mir die Bemerkung eines Bereitschaftspolizisten unauslöschlich im Gedächtnis geblieben: „Ich habe Hochachtung vor eurer Haltung“. In der Polizeidirektion Reutlingen, wohin ich wegen fehlenden Personalausweises mit fünf Mitstreitern gebracht wurde, begegnete man mir höflich, ja freundlich.

Die Wirkung auf die Bundeswehr

Auch die Bundeswehr war informiert, ja es hatte bereits im Mai ein Gespräch zwischen Offizieren der Kaserne und Teilnehmern der Ankettungsaktion vom Sommer 1981 stattgefunden.

Mit Rekruten hatten wir verhältnismäßig wenig zu tun. Einige kamen zum Blockadeort, um sich bitter über die Arroganz ihrer Vorgesetzten zu beklagen. Andere wiederum verteidigten die Bundeswehr und die Nato-Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen im Fall eines massiven konventionellen Angriffes aus dem Osten. Manche blickten, wie ein Wachsoldat lakonisch erklärte (aus begreiflichen Gründen durften sie keine Gespräche führen) mit gemischten Gefühlen auf die Blockierer. Doch gab es, wie ich später erfuhr, auch ausgesprochen negative Reaktionen. Ein Rekrut, der vorher mit dem Gedanken der Kriegsdienstverweigerung gespielt habe, soll sich freiwillig zum Dienst im Sonderlager gemeldet haben, denn so gehe es ja nun wirklich nicht.

Nach Abschluss der Blockade fragte ich einen Soldaten, der die Szene beobachtete: „Nun, was halten Sie von der Aktion?“ Die Antwort: „Anfangs, als ich hierher kommandiert wurde, hatte ich eine Sauwut im Bauch. Ich sagte mir: Wenn mich da einer anquatscht, dem werde ich was erzählen. Aber ich habe eine Wandlung durchgemacht. Ich sehe das jetzt anders.“ Am Ende des Gesprächs erbat er sich als Andenken den hölzernen Anstecker mit der Aufschrift: SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN.

Die Wirkung auf die Friedensbewegung

Die nachhaltigste Wirkung hatte die Großengstinger Aktion zweifellos auf die Friedensbewegung. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten an ihren jeweiligen Wohnorten in der einen oder anderen Form weiter und brachten dabei ihre Großengstinger Erfahrungen in die örtlichen Friedensinitiativen ein. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Auswertungsphase gehörte der Vorschlag, am 12.12.82, dem dritten Jahrestag des Nato-Doppelbeschlusses, an möglichst vielen Militäreinrichtungen Blockaden durchzuführen. Auch wurde über neue Aktionsformen wie Ankettung, Menschenteppich, Kriegssteuerboykott, gewaltlose Go-ins in Atomwaffenlager, vielleicht sogar Aktionen wie die der Brüder Berrigan und ihrer Mitstreiter nachgedacht.

Damals träumte ich davon, dass überall in der Bundesrepublik gewaltlose Aktionsgruppen und Friedensinitiativen entstehen, die sich intensiv mit der Theorie und Praxis der gewaltlosen Aktion beschäftigen, auf lokaler Ebene arbeiten und sich bei Bedarf zu regionalen oder auch nationalen Aktionen zusammenschließen. Das Träumen war freilich entschieden zu wenig. Viel wichtiger wäre die Ausarbeitung einer Strategie und der Aufbau einer handlungsfähigen Organisation gewesen. Doch dazu fehlten mir die Zeit und die Kraft.

Ein Besuch in der Kaserne

Der Grundsatz: „Höre auch den anderen Teil“ gilt nicht nur für Richter, er gilt auch für Wissenschaftler. Deshalb bat ich nach Abschluss der Aktion den Standortältesten um ein Gespräch. Meiner Bitte wurde entsprochen, obwohl in der Kaserne bekannt war, dass ich an der Aktion teilgenommen hatte.

Die Unterredung wurde in großer Offenheit geführt und gewährte mir einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt der Militärs, wobei ich nicht beurteilen kann, inwieweit meine Gesprächspartner für ihren Berufsstand repräsentativ waren. In ihren Augen waren die Blockierer Leute, die die Schwächen unserer Demokratie schamlos ausnützen, um sie zu kippen, bestenfalls „nützliche Idioten“ (Lenin), die nicht merken, wem sie in die Hände spielen. Meine Gesprächspartner sahen sich von allen Seiten vom Feind umstellt. Er sitzt im Osten, wo er die Phase der Entspannungspolitik heimtückisch ausnützte, um Mittelstreckenraketen zu produzieren und zu stationieren. Er schleicht nachts um die Kaserne und ums Sonderlager (tut er vielleicht wirklich). Aber nicht nur das, er beherrscht auch souverän das Instrumentarium der psychologischen Kriegführung. Er träufelt seine verführerischen, giftigen Ideen in die Herzen und Hirne der ahnungslosen Bürger, vor allen der

jungen. Er beutet ihre Friedenssehnsucht für seine infamen Zwecke aus. Mit einem Wort, er nützt jede Gelegenheit, die Verteidigungsbereitschaft und den Wehrwillen des Westens zu untergraben.

Dass es Menschen geben könnte, die die Rüstung im Osten ebenso leidenschaftlich ablehnen, wie die Rüstung im Westen, die bereit sind, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Verfassung unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen, nur eben nicht mit Waffengewalt, ist ihnen völlig unbegreiflich. Die Welt, in der sie leben, kennt nur zwei Farben: schwarz und weiß. Die Weißen, die Guten, das sind sie, die Schwarzen, die Bösen, das sind die anderen. Ihre Kollegen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs, die Offiziere der Volksarmee und der Roten Armee, haben ein ähnliches Weltbild, nur mit umgekehrten Farben.

Das Gespräch bestätigte meine schlimmsten Befürchtungen im Hinblick auf die „verzerrte Wahrnehmung“ (nur das wird wahrgenommen, was ins schwarzweiße Weltbild passt), „fehlerhaftes Lernen“ (Misstrauen und Vorurteile werden ständig bestätigt und verstärkt) und den zunehmenden Realitätsverlust bei den Militärs. Das Militär zieht den Krieg an wie der Magnet das Eisen.

Das basisdemokratische Modell

Ich begreife das Bezugsgruppenmodell als ein Experimentierfeld für eine bessere Demokratie. Ich halte daher nichts von ideologischen Schlammschlachten, bei denen die einen „diesen Staat“ und „dieses System“ in Bausch und Bogen verdammen, die anderen wiederum die Basisdemokraten zu Gegnern der Demokratie stempeln und in die Nähe von Faschisten oder Kommunisten rücken. Eine nüchterne, offene, experimentierfreudige Einstellung könnte meines Erachtens dazu beitragen, behutsam die ideologischen Bretter von den Köpfen zu lösen.

So wie man zwischen Funktion und Person unterscheiden sollte, so sollte man auch zwischen Regierungssystem und Staatsvolk unterscheiden. Das beste Regierungssystem scheitert, wenn die Menschen nichts taugen, und umgekehrt, wenn die Menschen taugen, werden sie auch ein schlechtes Regierungssystem so umgestalten, dass es ihren Bedürfnissen entspricht. Man kann folglich die Frage des Regierungssystems nicht unabhängig von den Menschen diskutieren. Die Leute, die nach Großengstingen kamen, waren ja keine unbeschriebenen Blätter, sie waren vielmehr Produkte unseres gesellschaftlichen und politischen Systems mit zum Teil tief eingeprägten undemokratischen Verhaltensmustern, im besten Fall Anfänger in der Schule der Demokratie. Zudem gab es grundverschiedene Einstellungen zum Bezugsgruppensystem, die von entschiedener Ablehnung bis zu begeisterter Zustimmung reichten.

Die entscheidende Frage lautet daher: Hat das neue Organisationsmodell Lernprozesse in Richtung auf mehr Demokratie ausgelöst? Für mich selbst möchte ich diese Frage ohne Einschränkung bejahen. Auch bei anderen habe ich Ähnliches beobachtet. Wir haben in den Gruppensitzungen gelernt, Anderen aufmerksamer zuzuhören, toleranter zu sein, nach vertretbaren Kompromissen zu suchen, unsere Meinung infragestellen zu lassen und selbstkritisch zu überprüfen. Wir haben als Gruppensprecher gelernt, zwischen unserer Meinung und der der Gruppe zu differenzieren, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden und auf die Entwicklung der Diskussion, die Stimmung, die Gefüh-

le der Teilnehmer zu achten. Wir haben unsere starken und schwachen Seiten im Spiegel der Anderen wohl auch ein wenig deutlicher erkannt.

Die Fähigkeit zur Toleranz, zur Offenheit und zum Kompromiss war nach meiner Beobachtung in hohem Maße vom Vertrauen abhängig, das der Einzelnen oder die Gruppe den Anderen entgegenbrachte. „Könnt ihr damit leben“, wurde zum geflügelten Wort unzähliger Gruppen- und Sprecherratssitzungen. Das Entstehen von Herrschaftsstrukturen konnte weitgehend vermieden werden. An die Stelle der angestrebten Selbstorganisation trat freilich oft genug das Chaos. Die Frage, ob das lediglich dem Mangel an Erfahrung und Übung geschuldet war, oder im System selbst begründet ist, muss offenbleiben.

Soweit die Aktiva in der Bilanz des basisdemokratischen Organisationsmodells. Nun die Passiva: Ich beobachtete eine starke Neigung, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Man hatte erfahren, wie leicht sich Entscheidungsgremien, Volksvertretungen, Regierungen über die Interessen der Bürger hinwegsetzen: Also totale Entmachtung der Sprecherräte! Das ging soweit, dass in den Räten nicht einmal mehr diskutiert werden durfte. Ich bezweifle, dass das sinnvoll war. Es führte zur Unbeweglichkeit, Starrheit, in bestimmten Situationen sogar zur Lähmung des ganzen Systems, wurde daher in der Praxis auch immer wieder durchbrochen. Man hätte dem dadurch abhelfen können, dass man der Sprecherin oder dem Sprecher einen vorher festgelegten Entscheidungsspielraum einräumt, wie das bei einigen Gruppen auch tatsächlich geschah. Doch das bedeutete wiederum, dass Einzelne oder Gruppen etwas von ihrer eifersüchtig gehüteten Autonomie hätten aufgeben müssen.

Die Sprecherratssitzungen verliefen oft chaotisch. Sie waren mit Nebensächlichem überfrachtet, zogen sich in die Länge, Ungeduld und Nervosität kamen auf, persönliche Konflikte traten in den Vordergrund. Von den im Handbuch angebotenen Hilfen (Diskussionshelfer, Beobachter, Zeitnehmer) wurde viel zu wenig Gebrauch gemacht. Die Unerfahrenheit vieler Gruppen schlug hier negativ zu Buche. Angesichts dieses politischen Urzustands wurde einem der ungeheure Wert von Verfahrensordnungen (Satzungen, Verfassungen, Geschäftsordnungen) bewusst. Sie sind keineswegs nur Instrumente der Manipulation, wie manche glauben, sondern auch aus unzähligen Konflikten gewonnene und zu festen Regeln geronnene Lebenserfahrung.

Die Sprecherräte machten viel zu wenig von der Möglichkeit Gebrauch, Kompetenzen zu delegieren, Arbeitsgruppen einzurichten, und wo sie es taten, gingen sie mit ihren Ergebnissen allzu leichtfertig um. Formal betrachtet, besaßen sie allerdings auch gar nicht die Kompetenz zur Delegation von Kompetenzen.

Die Kommunikation klappte oft nur schlecht und manchmal gar nicht. Es gab eine Unzahl von Missverständnissen, Lücken, Übertragungsfehlern und Gerüchten. Der Papierkrieg mittels Erklärungen, Richtigstellungen, Vorschlägen usw. nahm beachtliche Formen an. Es wuchs die Neigung zu Aktionen auf eigene Faust, weil der Willensbildungsprozess zu langsam und mühselig erschien und oftmals im Sande verlief. Frust über endlose Sitzungen breitete sich aus. Bei Einzelnen machten sich sogar Desinteresse und Ablehnung des Bezugsgruppensystems bemerkbar. Das war vor

allem deshalb bedenklich, weil damit die Neigung zunahm, nun wieder ins andere Extrem zu verfallen und irgendeinem „Führer“ nachzulaufen.

Das Vetorecht und das Konsensprinzip

Als sehr problematisch erwies sich das Vetorecht. Ursprünglich gedacht als Notbremse, wenn Teilnehmer den Grundcharakter der Aktion oder fundamentale moralische Werte gefährdet sehen, erlebte es einen tiefgreifenden Funktionswandel. Er wurde gebraucht

- als Druckmittel, um einen sich abzeichnenden Konsens zu blockieren,
- um eine sich hinziehende Diskussion zu beenden (Guillotine); ursprünglich bedeutete es ja nur, dass die Diskussion noch einmal eröffnet wird;
- um persönliche Missbilligung auszudrücken, Macht auszuüben, Beachtung oder Zuwendung zu erzwingen.

Theoretisch gibt das Veto dem Einzelnen eine ungeheure Macht. Er kann eine Entscheidung, der alle anderen zustimmen, durch sein Veto blockieren. Seine Gruppe ist dann verpflichtet, das Veto im Dorfsprecherrat und dieser ist verpflichtet, es im Gesamtssprecherrat einzubringen. Das Schicksal der Aktion liegt gewissermaßen in der Hand jedes einzelnen Teilnehmers. Das bedeutet eine kolossale Versuchung zum Machtmissbrauch. Der Unbeachtete, Geringgeschätzte, stets Überstimmte sieht sich nur plötzlich im Mittelpunkt eines - freilich gereizten - Interesses. Wenn das Mehrheitsprinzip die Gefahr einer Diktatur der Mehrheit über die Minderheit in sich birgt, dann das Vetorecht die Gefahr der Diktatur der Minderheit, ja im Extremfall eines Einzelnen über die Mehrheit.

Den Basisdemokraten bleib das nicht verborgen. Sie suchten dem Machtmissbrauch durch eine Reihe von Maßnahmen entgegenzuwirken:

- durch soziale Ächtung (wer zu oft ein Veto einlegte, machte sich unbeliebt; das bekam vor allem das Zeltdorf Hausen zu spüren),
- Durch strenge Verfahrensvorschriften (Veto nur noch von Gruppen, nur schriftlich mit Begründung in fünffacher Ausfertigung, d.h. für jeden Zeltplatz eine Kopie),
- wiederholte Appelle, das Veto nur einzulegen, wenn Fundamentales auf dem Spiel steht.

Das Konsensprinzip mit seinen Abstufungen hat sich nach meiner Beobachtung grundsätzlich bewährt. Es zwingt in ganz anderer Weise als das Mehrheitsprinzip, auf Minderheiten einzugehen und deren Position im Willensbildungsprozess zu berücksichtigen mit dem Ergebnis, dass die Zahl derer, die die Entscheidung mittragen, wächst. Das ist vor allem dann wichtig, wenn auf äußere Zwangsmittel gegen abweichendes Verhalten bewusst verzichtet wird. Vor allzu hochgespannten Erwartungen muss freilich gewarnt werden. So heißt es im Aktionshandbuch: „Da die guten Ideen und möglichen Gesichtspunkte aller berücksichtigt werden und in die Vorschläge einfließen können, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass neue und bessere Lösungsmöglichkeiten gefunden

werden. Aber nicht nur bessere Lösungen sollen erreicht werden, sondern es soll auch Vertrauen und Gemeinschaft wachsen können“. In der Realität hat sich, wie das Beispiel der Diskussion um die Schlussblockade zeigt, keineswegs stets der bessere Vorschlag durchgesetzt. Statt des Vertrauens in die Gemeinschaft wuchs denn auch oftmals der Ärger über sie.

Abschließende Bewertung des basisdemokratischen Modells

Hat sich das basisdemokratische Modell, wie es in Großengstingen praktiziert wurde, bewährt? Die Frage muss meines Erachtens verneint werden. Das gilt selbst dann, wenn man in Rechnung stellt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erst in einem mühsamen Lernprozess die Mechanismen dieses Modells erlernen und einüben mussten.

Eine unterschiedlose Ablehnung wäre nichtsdestoweniger ebenso verfehlt wie eine unterschiedslose Bejahung. Das Modell ist die ideale Verfassung für kleine Gruppen von vier bis 20 Teilnehmerinnen, da es jedem Mitglied ein uneingeschränktes Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht einräumt. Es ist auch praktikabel bei Teilnehmerzahlen bis zu fünfhundert Personen, wobei es Abweichungen nach oben und unten geben mag, je nach der „Vorbildung“ der Teilnehmer. Je größer die Zahl der Teilnehmer am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, desto unhandlicher und schwerfälliger wird es. Anders ausgedrückt, es ist die ideale Verfassung für eine Dorfgemeinschaft. Es kann vielleicht sogar für eine Kleinstadt praktikabel sein. Für eine Großstadt., eine Region oder ein Land taugt es nichts, es sei denn es würde grundlegend reformiert.

In der Form, wie es in Großengstingen gehandhabt wurde, krankt es an den typischen Schwächen eines Anti-Konzepts, denn es wurde offenbar als anarchistisches Gegenmodell zur Diktatur konzipiert. In der Diktatur hat der Einzelne *nichts* zu sagen. In der Basisdemokratie hat er *viel*, in der extremen Form, wie es in Großengstingen praktiziert wurde, *alles* zu sagen. Er kann durch sein Veto die ganze Aktion blockieren.

Ich plädiere deshalb für die ersatzlose Streichung des Vetorechts, da es dem Einzelnen ungeheure Macht verleiht und daher zum Machtmissbrauch verleitet. Wer die Aktion ablehnt kann jederzeit ausscheiden, da kein Zwang zur Teilnahme besteht. Ihm sollte jedoch im Sprecherrat Gelegenheit gegeben werden, seine Gründe darzulegen. Auch sollte man nicht übersehen, dass man sich durch das Vetorecht nahezu bedingungslos dem Gegner ausliefert. Aufgrund der Offenheit der Organisation ist es ein Leichtes, einen Agenten einzuschleusen, der mit mehr oder weniger überzeugender Begründung ein Veto einlegt und sich selbst durch noch so gute Argumente nicht davon abbringen lässt. Es ist also, solange es Teil der basisdemokratischen Verfassung ist, ein höchst wirksames Mittel, die Aktion zu verhindern, etwa durch die Berufung auf das Gewissen, das keine weitere Diskussion zulasse.

Die demokratische Verfassung in ihren zahlreichen Spielarten steht gewissermaßen in der Mitte zwischen der Diktatur und der Basisdemokratie. Sie räumt dem Staatsbürgern eine Vielzahl von indirekten Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess ein. Die direkten Mitwirkungsmöglichkeiten in Gestalt von Volksabstimmungen

sind dagegen als Ausnahmeregelungen gedacht. Das basisdemokratische Modell kehrt die Rangfolge um. Die indirekten Mitwirkungsmöglichkeiten sind hier die Ausnahme, die direkten die Regel.

Was seinen Verfechtern in der extrem anarchistischen Ausprägung, wie es in Großengstingen gehandhabt wurde, offensichtlich entging, war das Problem der „Reduktion von Komplexität", das heißt der Konzentration von Handlungsmöglichkeiten auf entscheidungsfähige Alternativen. Die Theorie sah vor, dass sich aus der Vielzahl der Vorschläge durch den wiederholten Durchlauf durch Bezugsgruppen- und Sprecherratssitzungen am Ende der beste Vorschlag durchsetzt, so wie der Sand ein Rüttelsieb passiert, während die Steine im Sieb zurückbleiben. Das Gegenteil war jedoch der Fall, statt die Zahl der Vorschläge zu reduzieren, vervielfachte sie das Verfahren, sodass sie schließlich den Entscheidungsprozess blockierten.

Der Vergleich der Verfassungen: Diktatur, Demokratie und Basisdemokratie ergibt folgendes Bild: Für Kleingruppen und Gemeinschaften bis zu fünfhundert, unter günstigen Voraussetzungen (Erfahrung, Selbstdisziplin, Toleranz, Lernbereitschaft und Gewaltlosigkeit bei den Teilnehmern) auch tausend Personen scheint mir das basisdemokratische Modell am vorteilhaftesten. Für größere politische Einheiten dürfte eine Demokratie mit plebiszitären Elementen die geeignetste Verfassung sein. Vielleicht ist doch etwas dran an Winston Churchills mit viel angelsächsischem Humor gewürztem Ausspruch: „Die parlamentarische Demokratie ist die schlechteste Regierungsform - außer den übrigen." Churchill wollte damit nach meinem Verständnis sagen: Die Demokratie ist verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig. Wir haben aber gegenwärtig kein besseres Regierungssystem, zumindest keines, das den Test der Realisierung bestanden hätte. Das eröffnet einen Freiraum für Experimente zur Verbesserung der Demokratie oder ihre Ersetzung durch eine bessere Regierungsform. Die Diktatur halte ich als Verfassung nur in extremen Ausnahmefällen für vertretbar. Wir sollten freilich nicht vergessen, dass Gandhi in den indischen Unabhängigkeitskampagnen zeitweilig die Rolle eines „Kongressdiktators" innehatte.

Ich begreife das basisdemokratische Konzept als ein politisches Experimentierfeld, auf dem Lernbereitschaft, Aufgeschlossenheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit gelernt werden können. Aufgrund meiner Erfahrungen in Großengstingen würde ich die folgenden Veränderungen des Konzepts vorschlagen:

- Abschaffung des Vetorechts.
- Die Bezugsgruppen sollten den Sprecherinnen/Sprecher ein Verhandlungsmandat erteilen, dessen Grenzen von ihr bestimmt werden.
- Der Sprecherrat sollte nicht nur dem Informationsaustausch, sondern auch der Debatte und der Entscheidung dienen. Seine Entscheidungen sollten jedoch von den Bezugsgruppen gebilligt oder verworfen werden.
- Eine sinnvolle Mischform ist das sogenannte Fischbecken: Die Sprecherinnen sitzen im Kreis, die Bezugsgruppen jeweils hinter ihnen. Sie hören die Argumente der Rednerinnen und können in den je nach Bedarf eingelegten Pausen sich mit den Sprecherinnen beraten und ihnen Aufträge erteilen.

- Für die Aktion selbst sollte ein Vertrauensrat aus drei Personen gewählt werden, der im Bedarfsfall schnelle Entscheidungen treffen kann.

Keiner dieser Vorschläge ist als ex cathedra-Verlautbarung zu verstehen. Es sind Vorschläge, die, wenn sie sich nicht bewähren, verworfen werden können. Wir sollten den Mut haben, auch in Zukunft mit Formen der Mitsprache und Mitbestimmung zu experimentieren. Gewaltlose Aktion beruht auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Niemand kann gezwungen werden, an der Aktion teilzunehem. Wer aber teilnimmt, sollte bereit sein, auch Entscheidungen mitzutragen, die er nicht voll akzeptieren kann, es sei denn, sie verstoßen gegen sein Gewissen.

Fazit

War die Großengstinger Aktion ein Erfolg? Die Antwort auf diese Frage hängt entscheidend von den Erwartungen hab, die man an sie hatte. Die Frage wird daher von den Teilnehmern unterschiedlich beantwortet werden. Meine Antwort lautet: Ja, sie war ein Erfolg. Ihre Öffentlichkeitswirkung war enorm und überwiegend positiv. Die gewaltlose Disziplin wurde durchgehalten.

Die Aktion erschöpfte sich nicht im Neinsagen und Widerstand leisten, sie war vielmehr begleitet von einem konstruktiven Programm in Gestalt der Friedenswoche, dem gewaltlosen Zusammenleben und Zusammenarbeiten, Fastenaktionen, Einübung in gewaltloser Konfliktlösung sowie in Sozialer Verteidigung usw.

Das basisdemokratische Konzept hat sich nur mit erheblichen Einschränkungen bewährt. Die zahlreichen und heftigen internen Konflikte hatten eine Wendung nach innen auf Kosten der Außenwirkung zur Folge. Wo aber sollen wir lernen, Konflikte gewaltlos zu lösen und menschlich miteinander umzugehen, wenn nicht unter uns? Nur wenn es uns gelingt, in den gewaltlosen Aktionsgruppen etwas von dem Geist lebendig werden zu lassen und etwas von den Zielen zu verwirklichen, die wir anstreben, werden wir andere für uns gewinnen können. Nur dann werden wir wachsen. Erst wenn es uns gelingt, Konflikte in unseren Reihen gewaltlos auszutragen, werden wir imstande sein, gesellschaftliche Konflikte mit diesen Methoden auszutragen und zu lösen. Ich vertraue darauf, dass das weiche Wasser auf die Dauer den harten Stein besiegt.

Nachtrag

Im Herbst 1999 besuchte ich mit einigen Freunden, die damals, im August 1982, dabei gewesen waren, das „Sonderlager Golf“. Es war ein kühler, sonniger Herbsttag. Wir parkten die Autos an der Stelle, wo einst die Blockaden stattgefunden hatten. Das Behelfstor war verschwunden. Niemand hielt uns auf. Die Straße führte mit sanfter Steigung in den Wald hinein. Nach fünf Minuten Fußmarsch erreichten wir das Haupttor des ehemaligen Raketendepots. Es war verschlossen, doch seitlich davon klaffte eine Lücke im Zaun.

Weit und breit keine Menschenseele. auf der linken Seite des von niedrigen Gebäuden eingerahmten Platzes fand sich auf einem in den Hang betonierten Behälter - er mochte als Wasserreservoir

gedient haben - eine Inschrift. Auf schwarzen Grund, umrahmt von einem goldenen und einem roten schon recht verblassten Farbstreifen: Gedenkstätte - Schauplatz des Kalten Krieges (1959-1991). Kein Marmor, keine Bronze, kein Beton, und doch sagte mir die Inschrift mehr als alle, die ich je auf Denkmälern gelesen habe.

Das Depot selbst bot ein Bild der Verwüstung: Die Gebäude demoliert, die Fenster und Türen herausgerissen, der Boden mit Glasscherben übersät. Die Panzerstahltür zum Tower stand offen. Wir stiegen die noch unbeschädigte Wendeltreppe hinauf auf zur Plattform. Die Panzerglasscheiben waren von Einschüssen zernarbt. Offenbar hatte es der Bundeswehr als Übungsgelände für die Erstürmung eines Militärstützpunktes gedient. Der Zerstörungstrieb hatte sich hier austoben dürfen. Dessen ungeachtet bot die Plattform noch immer einen freien Blick auf das Panorama des Waldes rings um das Depot.

Ich betrachtete die Szene mit gemischten Gefühlen, teils mit Freude und Erleichterung über den Abzug der Atomraketen samt ihren Bedienungs- und Wachmannschaften, teils erschüttert über die Zerstörung, die sie hinterlassen hatten. Wie gut hätte man die Räume für zivile Zwecke nutzen können: Für Obdachlose, für ein Trainingszentrum für gewaltlose Aktion, als Begegnungsstätte für Menschen verschiedener Kulturen, Weltanschauungen oder politischer Überzeugungen, als Werkstätten für Alternativbetriebe, meinetwegen auch als Sitz eines Friedensforschungsinstituts.

Wir verließen den Tower und folgten der Straße, die in ein weitläufiges von hohen Zäunen und halbzerfallenen Wachtürmen begrenztes Gelände hineinführte und an drei Bunkern endete. In diesen Bunkern waren offensichtlich je zwei Lance-Raketen mit ihren Lafetten untergebracht gewesen. Die schweren Stahltore und Sicherungsanlagen erinnerten uns daran, dass hier, in den idyllischen Wäldern der Schwäbischen Alb, der millionenfache Tod auf das Startzeichen gewartet hatte.

In einem der Bunker hatte ein Uhu Quartier genommen und erschreckte uns durch seine Flucht mit gewaltigem Flügelschlag. Es war eine nachdenkliche Versammlung, an die ich nach ein paar Gedenkminuten auf Bitten meines Freundes einige Worte richtete. In ein paar Jahrzehnten wird die Natur allmählich das Gelände wieder in Besitz genommen haben. Dieser Gedanke hat etwas Tröstliches. Genauso wird es nach dem früher oder später zu erwartenden atomaren Weltkrieg sein. Die Zerstörungskraft von uns Menschen, so furchtbar sie auch sein mag, reicht nicht aus, um Gottes gute Schöpfung zu vernichten. Die Natur wird sich als stärker als wir erweisen. Tausend Jahre sind für sie wie ein Tag und eine Million Jahre wie eine Nachtwache. Die einfachen Formen des Lebens, Algen, Bakterien, Einzeller überleben auch die höchste Strahlendosis. Wenn die aus Atomwaffen und Atomanlagen freigesetzten Radionuklide nach Jahrmillionen zerfallen sind, wird eine neue Evolution einsetzen. Wer weiß, ob sie nicht in einem menschenähnlichen Wesen gipfelt, das mit dem Geschenk der Freiheit besser umzugehen weiß als wir. Denn soviel steht schon heute fest, der Versuch der Natur, ein denkendes Wesen hervorzubringen, ist gescheitert.

Teil I dieses Artikels siehe als PDF-Datei im Unterkapitel „Die Blockadeaktion“: Wolfgang Sternstein: Großengstingen I: Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung der Blockade.

Dieser Artikel ist entnommen aus:

Wolfgang Sternstein: Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie. Vorwort: Horst-Eberhard Richter. - Norderstedt: Books of Demand 2005. **ISBN** 3-8334-2226-2. 488 Seiten, 50 Fotos. 28,- €.

Das Buch kann über den Buchhandel oder bei Wolfgang Sternstein bestellt werden (Bestelladresse: W. Sternstein, Hauptmannsreute 45, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711-120 46 55, Fax: 0711-120 46 57, E-Mail: sternstein@uwi-ev.de - 28,- € + Versandkosten).

Dr. Wolfgang Sternstein ist Friedens- und Konfliktforscher. Er hat an zahlreichen gewaltlosen Aktionen teilgenommen, stand deswegen ein Dutzend Mal vor Gericht und war neunmal im Gefängnis. Wolfgang Sternstein ist Vorsitzender und Mitarbeiter des *Instituts für Umweltwissenschaft und Lebensrechte e.V.* (www.uwi-ev.de) und u.a. Mitglied von *Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.*. Weitere Artikel von und über Wolfgang Sternstein finden sich auf der Lebenshaus-Website bei dem Schwerpunkt „Gewalt, Gewaltfreiheit und Frieden“ unter: Sternstein, Wolfgang.